



Deutsche
JournalistenInnen
Union



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirk
Niedersachsen-
Bremen

Goseriede 10
30159 Hannover

fb08.nds-hb@verdi.de

dju Niedersachsen-Bremen • Goseriede 10 • 30159 Hannover

Freie Hansestadt Bremen
Herrn Innensenator Ulrich Mäurer
Contrescarpe 22/24
28203 Bremen

Datum	17.07.2017
Ihre Zeichen	
Unsere Zeichen	aro/bü
Tel.-Durchwahl	0511/12400 - 291
Fax-Durchwahl	- 153

Sehr geehrter Herr Innensenator Mäurer,

Pressefreiheit und Demonstrationsfreiheit sind hohe Güter. Sie sind Grundfesten einer funktionierenden Demokratie. Wir alle mussten feststellen, dass sie während des G20-Gipfels in Hamburg zumindest ausgehöhlt wurden.

JournalistInnen auch aus Bremen mussten ihre bereits erteilten Akkreditierungen noch vor Beginn des Gipfels wieder abgeben. Die Bundeszentrale der Deutschen JournalistInnen Union in ver.di arbeitet derzeit daran, diese Entzugs-Verfahren vor Gericht überprüfen zu lassen. Wir finden diesen massiven Eingriff in die Pressefreiheit unverantwortlich und sind entsetzt über wachweichen Antworten und die mangelnde Transparenz aus dem Bundesinnenministerium und dem Bundespresseamt.

Gleichzeitig mehren sich Hinweise, dass JournalistInnen ob ihrer Gesinnung ausgeschlossen worden sind. Wer JournalistInnen ausschließt, weil sie sich an anderer Stelle als Privatpersonen an zivilgesellschaftlichen Aktionen beteiligt haben, führt Demokratie damit ad absurdum. Als erfahrener Politiker wissen Sie, welchen Konformitätsdruck solche Handlungen auf die betroffenen KollegInnen ausüben. Sie sind ein direkter Angriff auf die (innere) Pressefreiheit.

Auch die Demonstrationsfreiheit wurde mit Füßen getreten. Sie wurde zerrieben im Wettstreit von Politik, Verwaltung und Polizeiführung. Gerichtlich genehmigte Demo-Camps wurden von der Polizei trotzdem geräumt, laufende Demonstrationen wurden aufgrund von überhöhten Sicherheitsbedenken gestoppt.

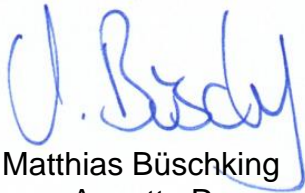
Während des Gipfels haben wir Bilder gesehen, die nur entfernt an die Bundesrepublik erinnern haben. Das lag an Randalen-Touristen und Gewaltchaoten, es lag aber auch an einer Polizei, deren Strategie der allzu frühen Reaktion mindestens nicht aufging.

Wir möchten Sie bitten, ihren bundespolitischen Einfluss dafür zu nutzen, in der Bundesregierung ganz deutlich zu machen, dass Pressefreiheit und Demonstrationsfreiheit keine Gnadenrechte sind. Sie sind verbriefte Grundrechte, für deren Einhaltung wir als ver.di, als dju, kämpfen werden.

Politik muss dafür sorgen, dass Grundrechte nicht ausgehebelt werden.
Für Ihre Vermittlung sagen wir herzlichen Dank.

Vom Bremer Politiker möchten wir gerne wissen, ob Ihrem Haus Erkenntnisse über Bremer JournalistInnen vorliegen, deren Akkreditierung entzogen wurde. Wenn ja, waren die Sicherheitsbehörden aus Bremen hier beteiligt – praktisch oder mit Expertise?

Mit freundlichen Grüßen



Matthias Büschking
gez. Annette Rose
gez. Steffen Kappelt

gez. Peter Dinkloh
Landesmediensekretär

dju-SprecherInnenkreis